

## Vorlage Stadtparlament

Datum	19. März 2024
Beschluss Nr.	3790
Aktenplan	152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

### **Einfache Anfrage Christoph Kobel: Ausbleibende Konsequenzen der Guerilla-Aktion von der Gruppierung Junge Tat um den Bahnhof St.Gallen am 14. Januar 2023; Beantwortung**

Am 16. Januar 2024 reichte Christoph Kobel die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Ausbleibende Konsequenzen der Guerilla-Aktion der Gruppierung Junge Tat um den Bahnhof St.Gallen am 14. Januar 2023» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### **1 Ausgangslage**

Am 14. Januar 2023, etwas nach 15:15 Uhr, wurde durch die «Junge Tat» beim Hauptbahnhof St.Gallen am Glaskubus der Binären Uhr ein grosses Plakat angebracht, welches sich mit Bezugnahme auf die Migration gegen den Anstieg der Kriminalität richtete. Zu diesem Vorkommnis erreichte um 15:21 Uhr ein Anruf die Einsatzzentrale der Stadtpolizei. Nach der Entgegennahme der Meldung beorderte die Einsatzzentrale zwei Polizeipatrouillen zum Hauptbahnhof. Um 15:32 Uhr war die Stadtpolizei vor Ort. Für die Aktion verantwortliche Personen konnten keine mehr festgestellt werden. Das Plakat wurde unter Beizug der Berufsfeuerwehr und unter Mitwirkung der VBSG entfernt. Im Nachgang wurden drei Personen, welche mutmasslich an der Aktion beteiligt waren, ermittelt und bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Zu Verurteilungen kam es mangels rechtsgenügender Tatzurechnung auf bestimmte Personen bis dato jedoch nicht.

Im Zusammenhang mit der Beantwortung des Postulats «Bericht Extremismus in der Stadt»<sup>1</sup> wird die Aktion der Jungen Tat in St.Gallen in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften genauer analysiert werden.

#### **2 Beantwortung der Fragen**

- 1. Wie ist das allgemeine Vorgehen der Polizei, wenn sie über Vorfälle wie denjenigen des 14. Januars 2023 am Bahnhof St.Gallen informiert werden?*

---

<sup>1</sup> Vorlage vom 16. Mai 2023, Nr. 2816, vom Stadtparlament mit geändertem Wortlaut am 22. August 2023 erheblich erklärt.

Erreichen die Stadtpolizei Meldungen über strafbares oder anderweitig problematisches Verhalten, so werden so rasch wie möglich Polizeikräfte an die betreffende Örtlichkeit ausgesandt. So verhielt es sich auch am 14. Januar 2023.

2. *Wurden für diesen Fall vorhandenes Videomaterial, Zeug:innenaussagen, Videoüberwachungsmaterial und öffentlich verfügbare Informationen über die Gruppierung Junge Tat in die Strafverfolgung einbezogen?*

Es wurde nach den üblichen Ermittlungsansätzen vorgegangen. Die Auskunftserteilung zu (auch abgeschlossenen) Strafverfahren ist Sache der Staatsanwaltschaft.

3. *Mit welchen Konsequenzen, auch in Bezug auf die Verbreitung der fremdenfeindlichen Inhalte, hätten die an der Aktion Beteiligten der Gruppierung Junge Tat rechnen müssen, wenn deren Identität der Staatsanwaltschaft nicht unbekannt wäre?*

Eine strafrechtliche Sanktion setzt voraus, dass einer Person ein deliktisches Verhalten zuzurechnen ist. Dabei sind in Bezug auf Straftatbestand und damit Strafraum, Art der Beteiligung sowie Strafmass die konkreten Umstände massgebend. Dies gilt auch für die vorliegende Angelegenheit, welche durch die Staatsanwaltschaft (und ggf. Gerichte) entsprechend zu beurteilen gewesen wäre.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:  
Andy Markwalder

Beilage:  
▪ Einfache Anfrage vom 16. Januar 2024